

«Jetzt kommt die Zeit der Jungen»

Der eine geht, der andere kommt: Raphael Zimmerli, der jüngste Schulpfleger im Kanton, hat Ende Jahr gezwungenermassen sein Amt abgegeben. Nando Suter hat gleichzeitig sein Amt als Gemeinderat angetreten. Auch er ist der jüngste im Kanton.

Lilly-Anne Brugger

Seine Wahl war im kleinen, konservativen Reitnau ein kleines politisches Erdbeben. Nicht nur, weil Nando Suter mit seinen 20 Jahren der jüngste Gemeinderat im Kanton Aargau ist. Er hat auch erstmals für Die Mitte einen Gemeinderatssitz erobert. Er tritt nun in die Fussstapfen seines Grossvaters, der in Reitnau Gemeindeammann war. Am Küchentisch werde viel über Politik diskutiert, erzählt Suter. Fast alle Familienmitglieder seien politisch interessiert. Ganz anders beim Oftringer Raphael Zimmerli, der als jüngster Schulpfleger Ende 2021 sein Amt abgegeben hat. Während bei Familie Suter in Reitnau der gemeinsame Besuch der Gemeindeversammlung dazugehört, ist in Oftringen Raphael Zimmerli jeweils der einzige Vertreter seiner Familie an der Gmeind.

Zimmerli setzte sich für den Erhalt der Schulpflege ein

Als Raphael Zimmerli volljährig wurde, hatte er den Wunsch, sich ehrenamtlich zu engagieren – er wurde politisch aktiv. Erst innerhalb der Partei, der damaligen Jungen CVP und heutigen Die Mitte. Einst hatte er die Ortspartei Oftringen-Küngoldingen präsidiert. Später engagierte er sich auch für die Sache: 2015 arbeitete er im Komitee mit, das in Oftringen die Wiedereinführung des Einwohnerrates anstrebte. 2018 wurde er mit 24 Jahren als jüngster Schulpfleger des Kantons in die Schulpflege Oftringen gewählt. Nach nur einer Legislaturperiode muss er nun sein Amt wieder abgeben. Gezwungenermassen. Im Kanton Aargau sind die Schulpflegen per Ende 2021 ab-

Jungpolitiker haben so gute Chancen wie nie, sagen Raphael Zimmerli (links) und Nando Suter.
Bild: lbr



geschafft worden. Er hat sich dagegen gewehrt. «Und jetzt muss ich den Volkswillen respektieren», sagt er. Politisch weiterarbeiten wird der 28-jährige nun in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). «Jetzt kommt in der Politik die Zeit der Jungen», sind sich Nando Suter und Raphael Zimmerli einig.

Die Jungen sind auf dem Vormarsch: Das hat sich auch bei den Einwohnerratswahlen in Zofingen gezeigt. Die Gruppe «Zofige macht's» rund um Maik Müller schaffte aus dem Stand

zwei Sitze im Einwohnerrat. Laura Koechlin ist 21 Jahre alt, Maik Müller ist 26 Jahre alt. Politik finde heutzutage auch auf Youtube statt und spreche so vermehrt Junge an, sagen Suter und Zimmerli. Beispielsweise habe die Klimadebatte die Jungen politisiert. Den Schritt in ein Amt zu wagen, den Mut hätten aber noch nicht viele. «Jemand hat mir mal scherzhaft gesagt: Das Gemeinderatsamt sei wohl einer der schlechtbezahltesten Studentenjobs», sagt Nando Suter und sagt, dass er sich auf die anspruchsvol-

le und bereichernde Aufgabe trotzdem sehr freue. Dass er einmal ein politisches Amt übernehmen würde, konnte er sich vorstellen. «Ich hätte aber nicht gedacht, dass es schon so früh der Fall sein wird.»

Kein Austauschstudium und keine Weltreise

Für Suter und Zimmerli bedeutet ein politisches Amt in ihrer Gemeinde unter anderem auch, dass ein Austauschjahr während des Studiums nicht möglich ist. Suter studiert Jura, steckt mitten

im Bachelor-Studium. Bis zum Master-Abschluss dauert es noch knapp vier Jahre – gleich lang wie seine Amtszeit dauert. «Ich werde die Amtszeit beenden. Dafür bin ich gewählt worden», sagt er mit Nachdruck. Wie es danach weitergeht, kann und will er noch nicht sagen. «In vier Jahren passiert einiges. Ich weiss nicht, wie ich mich dann orientieren werde.»

Für Raphael Zimmerli bedeutet der Wechsel von der Schulpflege in die GPK auch eine Reduktion des politischen Pen-

«Die Sache steht immer im Fokus, nicht die persönliche Befindlichkeit.»

Raphael Zimmerli
ehemaliger jüngster
Schulpfleger im Aargau

«Ich hätte nicht gedacht, dass ich schon so früh ein politisches Amt übernehme.»

Nando Suter
Jüngster Gemeinderat
im Aargau

sums. Er muss nun kein Ressort mehr betreuen, es gibt weniger Sitzungen und sie finden so statt, dass sie besser an seinem Job vorbeigehen. Seit einem Jahr arbeitet er als Geologe in einem Ingenieurbüro in Baden. Doch auch jetzt halten ihn seine politischen Verpflichtungen in Oftringen: Wegziehen ist nicht möglich, eine längere Auszeit, beispielsweise eine Weltreise – stünde sie denn trotz Corona zur Diskussion – ebenfalls nicht. Für Zimmerli ist dieser Verzicht selbstverständlich: «Die Sache steht immer im Fokus, nicht die persönliche Befindlichkeit.» Und darum engagieren sich beide auch in der Bezirkspartei Die Mitte. Denn jetzt ist in der Politik die Zeit der Jungen.

Was für Aargauer Gemeinden gilt, soll auch für Berner gelten

Eine Interpellation im Grossen Rat verlangt von der Regierung Antworten zu Fragen rund um das geplante Lidl-Verteilzentrum in Roggwil BE.

Philippe Pfister

Das politische Seilziehen um das geplante Lidl-Verteilzentrum in Roggwil BE geht weiter. In der letzten Sitzung 2021 hat der Zofinger Grossrat Hans-Ruedi Hottiger im kantonalen Parlament eine Interpellation eingereicht, in der er von der Regierung einige Antworten zum Planungsprozess verlangt.

Zunächst zur Ausgangslage. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern hat eine Zonenplanänderung in Roggwil genehmigt, damit Lidl im Gebiet «Brunnmatt» ein neues Verteilzentrum bauen kann. Damit will Lidl alle Filialen in rund einem Drittel der Schweiz beliefern. «Die An- und Auslieferungen erfolgen während 365 Tagen pro Jahr und während 24 Stunden pro Tag fast ausschliesslich mit Lastwagen», schreibt Hottiger



So könnte das neue Lidl-Warenverteilzentrum in Roggwil eines Tages aussehen.

Bild: zvg

in der Interpellation, die von rund 20 Grossrätinnen und Grossräten mitunterzeichnet wurde.

Der Regionalverband Zofingenregio, den Hottiger präsidiert, habe im Rahmen der Mitwirkung für die Zonenplanänderung schon 2019 darauf aufmerksam gemacht, dass die

geplante Anlage aufgrund ihrer Nähe zu drei Nachbarkantonen und den zu erwartenden Auswirkungen einer vorgängigen Verankerung im kantonalen Richtplan des Kantons Bern bedürfe. Entsprechend hätten drei Aargauer sowie drei Luzerner Gemeinden Einsprachen gegen die Zonenplanänderung einge-

reicht. Diese wurden vom AGR vollumfänglich abgewiesen.

Die Frage, ob das Lidl-Verteilzentrum im Richtplan des Kantons Berns verankert werden muss, liess die Aargauer Regierung bis jetzt offen. Anders der Regierungsrat des Kantons Luzern: Er kam zum Schluss, dass das geplante Verteilzent-

«Was von unseren Aargauer Gemeinden bei solchen Projekten verlangt wird, sollte auch für Gemeinden in Nachbarkantonen gelten.»

Hans-Ruedi Hottiger
Grossrat Zofingen

rum aufgrund seiner Grösse und der Auswirkungen auf Raum und Umwelt richtplanrelevant ist – und damit einer Grundlage im kantonalen Berner Richtplan bedarf.

Ähnlich sieht es das Bundesamt für Raumentwicklung. Der kantonale Richtplan sei das geeignete Instrument für die früh-

zeitige Abstimmung von Vorhaben mit den Nachbarkantonen. Beim geplanten Verteilzentrum bestehe ein hoher Koordinationsbedarf bezüglich der grenzüberschreitenden Auswirkungen, vor allem wegen des Verkehrs.

Auf diesem Hintergrund wollen Hottiger und seine Mitunterzeichner nun vom Regierungsrat wissen, wie er sich zu dieser Frage stellt. Vor allem wollen die Parlamentsmitglieder wissen, ob die Aargauer Regierung mit dem Vorgehen des Kantons Bern einverstanden ist – und ob er die Auffassung teilt, dass es sich beim geplanten Verteilzentrum um eine richtplanrelevante Anlage handelt. Hottiger meint: «Was von unseren Aargauer Gemeinden bei solchen Projekten verlangt wird, sollte auch für Gemeinden in Nachbarkantonen gelten – insbesondere, wenn ein Vorhaben so grosse Auswirkung auf die umliegende Bevölkerung hat.»